

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtnachricht: Nachrichten Dresden
Bemerkungs-Sammelnummer: 15241
Nr. für Rechtsanwälte: Nr. 10011
Schriftleitung u. Hauptredaktionelle:
Dresden - K. L. Marienstraße 28/29

Besonderheit bei halber zweimaliger Ausstellung monatlich 2,40 M., einschließlich 50 Pfg. für
Zeitung, durch Postkarte 2,40 M., einschließlich 50 Pfg. Postgebühr (ohne Postzulassungspflicht)
bei Tausch wöchentlichem Verband. Einzelnummer 15 Pfg., außerhalb Dresden 20 Pfg. Umschlags-
preise: Die einzelpreise 50 mm breite Seite 25 Pfg., für ausweites 40 Pfg., Familienangelegenheiten und
Geschäftsnachrichten ohne Abbild 10 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 50 mm breite Seitenpreise 200 Pfg.
außerhalb 300 Pfg. Offizielle Gebühr 30 Pfg. Zuständige Aufsätze gegen Sonderabrechnung

Druck u. Verlag: Siegert & Reichert,
Dresden, Postfach 1068 Dresden
Rathaus mit best. Quellenangabe
(Dresden, Rath.) gültig. Unterlaute
Schlusszeichen werden nicht aufgedruckt

Polnische Außständische foltern Deutsche Das Reich am Ende seiner Geduld

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 22. Nov. Wegen des unerhörten Wahlsterrors mit dem Auto dicht an ihn heran und fragte ihn, ob man ihn nicht lieber überfahren sollte. Die furchtbare Sene endete damit, daß man ihn aus Feld schleiste, ihm Schuhe und Strümpfe ausziehen ließ und seine Fußsohlen mit Steinen bearbeitete, bis er bewußtlos wurde. Dieser Terror wurde ergänzt durch polizeiliche Maßnahmen. Im Hohenbirken unmittelbar an der deutschen Grenze bei Matthor brach nämlich gestern nacht

ein Trupp schwerbewaffneter polnischer Außständischer ein und zerstörte sieben Wohnungen von deutschen Vertrauensleuten.

In zwei Wohnungen ist nicht ein einziges Möbelstück heil geblieben. Die gesamte Einrichtung des Hauses und das Gehirr der Familien wurde zertrümmert. In einem Hause sind 70 Fensterscheiben, in einem anderen 50 eingeschlagen worden. Die Hausbewohner, Frauen und Kinder, wurden nur mit dem Hemd bekleidet, auf die Straße getrieben. Die männlichen Hausbewohner wurden auf schwarzem Missstand. Zwei Vertrauensleute der deutschen Organisationen wurden halb zu Tode geprügelt. In Wilcza ist ein Vertrauensmann der deutschen Liste in geradezu unmenschlicher Weise gefoltert

worden, weil er nämlich Wasser verdeckt haben sollte, die man nicht fand. Man fuhr ihn mit einem Auto auf die Chaussee, ließ ihn 15 Schritte vorwärtsgehen und erklärte, man werde ihn jetzt von hinten erschießen. Nach fünf Minuten dieser Quälerei legte man ihn quer über die Straße, fuhr

infolge dieser unerhörten Grausamkeiten hat sich der Präsident der Gemischt-Kommission, Galonder, veranlaßt gesehen, sich sofort nach Hohenbirken zu begeben, um dort alle Einzelheiten nochmals genauestens festzustellen. Schon gestern ist der deutsche Generalstaatsrat Ilgen als Reichs- und Staatsvertreter Deutschlands und als solcher der Gemischt-Kommission angehört, an dem Schauplatz dieser furchtbaren Terrormaßnahmen gewesen. Galonder hat gleichzeitig den Vorsitzenden des Deutschen Volksstumsbundes, Fürst Pleß, und einem polnischen Staatsvertreter nach Hohenbirken gebeten, wo heute die authentischen Feststellungen über diese unmenschlichen Grausamkeiten der Außständischen erfolgen werden. In der Wilhelmstraße wird angenommen, daß diese neuen Zwischenfälle das Fazit zum Überlaufen bringen werden und daß zweifellos daraus ein neuer sehr ernster Konflikt mit Polen entstehen kann.

Ungarns Ministerpräsident in Berlin

Graf Bethlens Ankunft

Berlin, 22. Nov. Der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen und Gemahlin traten heute vormittag mit dem Jahrplanmäßigen Juge, 8.51 Uhr, in Berlin ein. Zu ihrem Empfang hatten sich am Bahnhof Reichs-kanzler Dr. Brüning, Reichsausßenminister Dr. Curtius, die Staatssekretäre Dr. Pander und von Bülow, der deutsche Gesandte in Budapest, Dr. von Schoen und seine Gattin, Ministerialdirektor Dr. Köpke, der Chef des Prokolos, Graf Tattnach, und eine Anzahl anderer Herren des Auswärtigen Amtes eingefunden.

Reichspräsident von Hindenburg empfing sodann den Besuch des ungarischen Ministerpräsidenten, der von dem Berliner ungarischen Gesandten von Kannay begleitet war. Mittags gab der Reichspräsident zu Ehren des Grafen und der Gräfin Bethlen ein Frühstück, an dem außer den ungarischen Gästen und ihrer Begleitung unter anderem die Mitglieder der ungarischen Gesandtschaft, der Reichskanzler, Reichsminister Dr. Curtius sowie der Chef der Heeresleitung, General Freiherr von Hammerstein, mit ihren Damen teilnahmen.

Zehn Jahre Regierungsjahre

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 22. Nov. Von allen großen politischen Zeitungen, mit Ausnahme des sozialdemokratischen "Vorwärts" und der linksdemokratischen "Vossischen Zeitung", wird der ungarische Ministerpräsident wärmstens begrüßt. Die Blätter erinnern in ihren ausschließlich freundlich gehaltenen Artikeln durchweg daran, daß Deutschland und Ungarn treue Waffenbrüderchaft im großen Weltkrieg gehalten haben und nach dem Kriege eine Schicksalsgemeinschaft bilden, die ganz naturgemäß sich gegen die ehemaligen Feindbundmächte richtet, soweit sie ihre Verständigungspolitik weiter betrieben.

Graf Bethlen erklärt

vor seiner Abreise nach Berlin, er ergreife mit grösster Freude die Gelegenheit, die ihm durch die Einladung des Reichsministers des Außenamtes Dr. Curtius geboten worden sei, um sich nach der Hauptstadt des Deutschen Reiches zu begeben, das Jahrhundertelang durch kulturelle und politische Beziehungen mit Ungarn verknüpft sei. Ich stelle, so erklärte Graf Bethlen, auf Grund der Rede des Reichsausßenministers Dr. Curtius mit Freude fest, daß die auf Erreichung paralleler Ziele zustrebende ungarische und deutsche Außenpolitik weder durch ihre Zielsetzung noch durch ihre Mittel der Aufrechterhaltung des Friedens zu widersetzen, sondern im Gegenteil geeignet ist, den Frieden zu stabilisieren. Der Minister sagte weiter, er sei darauf vorbereitet, daß im Zusammenhang mit seinem Berliner Besuch in der Presse wieder

viele Kombinationen über die Bildung eines Revolutions-

bündes

aufzutragen würden. Er betonte mit Nachdruck, daß dieser Besuch mit keinerlei neuen politischen Gruppierungen im Zusammenhang stehe, sondern hauptsächlich dem Zweck diene, dem von der Welt hochgeachteten Präsi-

Sächsische Tragödie

In den trüben Zeiten der sächsischen Politik, der seit dem letzten vergeblichen Versuch einer Regierungsbildung langsam zu versumpfen schien, ist nun doch wieder Bewegung gekommen. Ein Stein ist ins Wasser gefallen, die Welle aufwühlend und an der Oberfläche Wellenkreise ziehend. Denn es ist nicht so, daß einer geht und ein anderer nachtrüdt, wenn der Mann, der seit elf Jahren die sächsische Landespolitik maßgebend beeinflusst hat, sozusagen über Nacht von der politischen Bühne verschwindet. Nach Dr. Dehne in kurzem Abstand Dr. Blüher. Parlamentarische Spaltungsdramaturie über Sachsen. In einem verbitterten Schwankengesang hatte der Demokratenführer sein Leid verkündet, angeleckt, wie er sagte, vom falschen Spiel in diesem Landtag. Mit einer trockenen Geste, die ganz seinem Auftreten entsprach, hat sich der Führer der Volkspartei zurückgezogen, aber die Vorgänge um seinen Sturz gaben Anlassfette genug, um die Aufmerksamkeit weit über die sächsischen Grenzen hinaus auf das Ereignis zu ziehen. Nicht nur in Dresden, auch in Berlin und Frankfurt treffen sich nun die Barden der Linken an der Algemauer und weinen leise über volkspartheiliche Bosheit und Tücke. Und der "Wormärts", mit seinem robusten Ton, beschimpft die Parteifreunde Stresemanns als Scheitler des Hakenkreuzer. Warum aber nach Intrigen schütteln und persönliche Motive ausgraben, wenn der Fall so klar ist?

Mit der von Dr. Blüher geleiteten Regie der Landtagspräsidentenwahl, die dem Bürgerium eine Schlappe und der Sozialdemokratie einen Erfolg brachte, war einfach der Bogen überspannt. Und er tat nur, was überspannte Bogen zu tun pflegten, indem er zerbrach. Nach der klaren Parole der Volkspartei in Sachsen, die in dem Ause: „Los von der Sozialdemokratie!“ gipfelte, und nach den Wahlniederlagen, die jedes Abweichen von dieser Generallinie verurteilt hatte, war der letzte fatale Seitensprung der Landtagsfraktion für die Volkspartei nicht mehr tragbar. Sie hat nur der Stimmung ihres Wählers Rechnung getragen, wenn sie schnell und rücksichtslos die Grundlage ihrer Politik wiederhergestellt und den Kampfzug gegen den Marxismus erneuert hat. Das es ihr damit ernst ist, beweist der Umstand, daß die Landesinhaben auch vor dem großen persönlichen Ansehen Dr. Blüthers nicht halt gemacht und mit seiner Desavouierung ein Opfer im Parteizinn gebracht haben. Auch die Gegner des Dresdner Oberbürgermeisters können ja in den politischen Retroskopen, die ihm gewidmet werden, nicht leugnen, daß er eine Führerpersönlichkeit von mehr als gewöhnlichem Ausmaß ist. Nicht umsonst hat ihm seine geschilderte, vermittelnde und überall einflussnehmende Tätigkeit bei jeder Regierungsbildung und bei der Beilegung vieler Krisen die Bezeichnung als „ungetränter König von Sachsen“ eingetragen. Die schwierigen Parteiverhältnisse im Landtag waren für einen solchen, mehr in Hintergrund als in der Öffentlichkeit wirkenden Politiker ein günstiger Boden zur Entfaltung seines Königtums, und er hätte noch grötere Dienste leisten können, wenn ihn die Stimme des Herzogs nicht immer wieder die Zusammenarbeit mit der Linken gezwungen hätte. Den entschiedenen Rechtsruck seiner Partei konnte er nicht mitmachen; die Hemmungen von der Dresdner Gemeindepolitik her, das Bedürfnis, mit den Sozialdemokraten in Zusammenhang zu bleiben, sie nicht zu verängern, ihnen Brücken zu bauen, alle diese Rücksichten der sogenannten „Oberbürgermeisterpolitik“ waren zu groß, und daran ist er schließlich gescheitert. Sein Sturz ist darum eine deutliche Abseige der Volkspartei an diejenigen Linienkreise, die in den Zwischenfällen der Landtagspräsidentenwahl ein Vorspiel zur Anhäufung der Großen Koalition im gegenwärtigen Landtag erütteln zu dürfen glaubten. Damit ist es nun endgültig aus. Die Blüherischen Brücken sind abgebrochen und die Schläge, die zum marginellsten Ufer führen könnten, verbrannt.

Aber was soll nun weiter werden? Haben sich mit dem Operationschnitt der Volkspartei die Aussichten für das Zusammensetzen der bürgerlichen Rechtsregierung, die einzige sonst noch in Frage kommt, verbessert? Auch der frühere Optimist dürfte das nicht zu behaupten wagen. Solange die angesichts der letzten Wahlen als Austronomus wirkenden Splitter der Demokraten und Volksnationalen noch ihr Machtwort im Landtag sprechen dürfen, ist daran nicht zu denken. Sie treiben jetzt mit den Nationalsozialisten das gleiche falsche Spiel, das sie vor drei Jahren mit den Deutschnationalen getrieben haben, indem sie ihnen die Regierungsfähigkeit absprechen, die sie den Marxisten unbedenklich becheinern. Mit solcher Grundzugsfestigkeit plustern sie sich auf, solange sie noch auf zwei Beinen stehen können. Das Land könnte auch diesen Unruhen einer Handvoll Querläufe noch ertragen, wenn es trotz der parlamentarischen Unfähigkeit eine Beamtenregierung am Ruder weist, die zwar nur geschäftsführend ist, aber trotzdem saubere, einwandfreie Verwaltung arbeitet. Der Rot gehörchend, hat sich das Kabinett Schied trotz seines geschäftsführenden Charakters auch nicht davon abhalten lassen, Schritte von erheblicher politischer Tragweite zu tun. Es hat einen Vorstoß für Youngplauerektion bei der Reichsregierung unternommen und ist bei den Verhandlungen im Reichsrat nicht passiv beiseite gestanden, wie das unpolitische Regierung sonst tun zu müssen glaubten, sondern es hat